

Demokratie von außen oder von innen?

Manfred Brocker/Tine Stein (Hg.): Christentum und Demokratie, Darmstadt: WBG 2006, 251 S., € 49,90

Adrian Loretan-Saladin/Toni Bernet-Strahm (Hg.), Das Kreuz der Kirche mit der Demokratie. Zum Verhältnis von katholischer Kirche und Rechtsstaat, Zürich: TVZ 2006, 95 S., € 11,80

Stefan Tertünte: Léon Dehon und die Christliche Demokratie. Ein katholischer Versuch gesellschaftlicher Erneuerung in Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts, Freiburg u.a.: Herder 2007, 231 S., € 39,00

Ausgelöst durch die Strömungen eines politischen Islam steht auch das Verhältnis von *Christentum und Demokratie* wieder auf der Tagesordnung politikwissenschaftlicher Debatten. Ein von Manfred Brocker und Tine Stein herausgegebener Sammelband mit diesem Titel vereint Beiträge einer Tagung, die von der Konrad-Adenauer- und der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam finanziert wurde. Entsprechend gegensätzlich bewerten die Autoren das zweifellos ambivalente Verhältnis der christlichen Kirchen zu Demokratie und Menschenrechten. Die Mehrzahl bemüht sich um den Nachweis, dass wesentliche Elemente der westlichen Demokratie auf christliche Ursprünge zurückgehen. So deuten etwa Theo Kobusch und Tine Stein die Menschenwürde als „Säkularisat der Idee der Gott-ebenbildlichkeit“ (Stein). In der vernunftmetaphysischen Begründung Kants kommt die Würde dem Menschen zu, weil er eine mit Freiheit ausgestattete Person und deshalb ein Zweck an sich ist. Diesen unverlierbaren Würdebegriff verfolgt Kobusch über die frühneuzeitlichen Naturrechtsethiken von Wolff, Pufendorf und Suárez bis zur Theologie des 13. Jahrhunderts bei Bonaventura zurück, während Stein auf seine biblischen Wurzeln eingeht. Beide setzen diese geistesgeschichtliche Rekonstruktion ein, um relativierende Interpretationen der Menschenwürde als unsachgemäß zurückzuweisen. Sie widersprechen damit implizit der funktionalistischen Interpretation des Rechtsphilosophen Gerd Roellecke, demzufolge die Menschenwürde die Aufgabe habe, „die allseitige Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft darzustellen und zu gewährleisten“, was allerdings – so die Diktion von Roellecke – nicht für jedes „Einzelstück der Art Homo sapiens“ gelte.

Hans Maier hebt den christlichen Impuls für die Armen- und Krankenfürsorge

hervor, ohne den der heutige Sozialstaat nicht denkbar wäre und unterstreicht den stimulierenden Effekt, den der Glaube an das Jüngste Gericht auf die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und politischer Verantwortlichkeit gezeitigt habe. Wenn er jedoch die Geschichte des Christentums als „Geschichte einer fortwährenden Destruktion politischer Theologien“ deutet, wischt er die tausendjährige Ehe zwischen Thron und Altar im „Heiligen Römischen Reich“ als bedeutungslose Abweichung vom Tisch und lässt lediglich das Programm der Trennung der zwei Reiche von Augustinus gelten. Dass es freilich mit der Trennung von Kirche und Politik schon bei Augustinus nicht sehr weit her war, zeigt Rainer Forst in seiner prägnanten Analyse der „Ambivalenz christlicher Toleranz“. Als Augustinus mit den Donatisten konfrontiert war, revidierte er nämlich seine ursprüngliche Begründung für religiöse Toleranz und forderte den römischen Staat auf, die Häretiker „aus Nächstenliebe“ zum Eintritt in die katholische Kirche zu zwingen, um ihnen das „ewige Heil“ zu sichern. Der wahre Held des Toleranzdenkens ist für Forst dagegen der Aufklärer Pierre Bayle, weil er argumentiert, dass religiöse Wahrheitsansprüche durch die endliche Vernunft des Menschen „auf Erden“ grundsätzlich nicht entschieden werden könnten und deshalb alle die Pflicht hätten, andere religiöse Überzeugungen zu tolerieren.

Maiers These wird auch durch den Beitrag von Klaus Roth unterhöhlt, der zeigt, dass die „Papstrevolution“ von Gregor VII. keineswegs auf eine Trennung der Sphären von *Imperium* und *Sacerdotium* abzielte, sondern auf die theokratische Überordnung der Religion über die Politik. Nur weil der Investiturstreit Kaiser wie Papst nachhaltig schwächte, öffnete sich in Europa der politische Raum für die entstehenden Nationalstaaten, deren absolutistische Herrscher sich freilich weiterhin im Glanz kirchlichen Segens sonnen durften. Man muss es daher als methodisch verfehlt ansehen, wenn Maier und in ähnlicher Weise Henning Ottmann die politische Haltung des gesamten Christentums auf der Grundlage selektiv ausgewählter Bibel- und Kirchenvätertexte bestimmen wollen, statt die christliche Sinngeschichte systematisch auf die kirchlich-politische Realgeschichte zu beziehen.

Interessant ist dagegen ein Ansatz, den man als politische Ekklesiologie bezeichnen könnte. Als puritanische Einwanderer im 17. Jahrhundert den Staat Connecticut gründeten, war dessen Verfassung „die Transposition der kongregationalistischen Ekklesiologie in die Politik“ – wie der Münsteraner Theologe William J. Hoye formuliert. Ihr maßgeblicher Theoretiker, der Geistliche Thomas Hooker, begründete die Idee der politischen Volkssouveränität mit dem Hinweis auf die Praxis der kongregationalistischen Kirche, wonach die Auswahl eines neuen Pfarrers durch die Gemeinde seiner Weihe vorausgehe. Sein politischer Optimismus war jedoch nur möglich, weil er an die Vorsehung Gottes und die Erwählung glaubte – eine Hypothek der US-Politik, die sich bis heute in ihrem politischen oder religiösen Sendungseifer manifestiert, wie Manfred Brocker verdeutlicht. Es ist bedauerlich, dass andere Autoren die politischen Effekte der Ekklesiologie nicht reflektieren, obwohl es im Fall der katholischen Kirche unübersehbar ist, dass zuallererst ihre hierarchische Ekklesiologie im Widerspruch zu den demo-

kratischen Prinzipien von Volkssouveränität, Grundrechten und Mehrheitswahl steht.

Die Päpste verurteilten bekanntlich die Erklärung der Menschenrechte und die liberale Verfassung aufs Schärfste und betrieben die Restauration der Monarchie. Erst Leo XIII. ermöglichte 1892 in Frankreich das Ralliement, die Aussöhnung der katholischen Kirche mit der Republik. Einen tieferen Einblick in die Strömungen und Entwicklungen des französischen Katholizismus, der - nach dem Scheitern des liberalen Katholizismus um 1848 - in den 1890er Jahren die zweite Bewegung einer Christlichen Demokratie hervorbrachte, liefert die aufschlussreiche Monographie von Stefan Tertünte *Léon Dehon und die Christliche Demokratie*. Der Ordensgründer Dehon, ursprünglich ein entschiedener Ultramontanist, erkannte durch sein Engagement in der Fabrikseelsorge, dass das Ideal einer korporatistischen Gesellschaftsordnung nicht realisierbar war, weil die Unternehmer ihren Verpflichtungen für die Arbeiter nicht hinreichend nachkamen. Angestoßen durch das päpstliche Ralliement, akzeptiert Dehon die republikanischen Rahmenbedingungen, und es ist gerade sein sozialkatholischer Integralismus, der ihn zur politischen Aktivität treibt. Déhon wird einer der *abbés démocrates*, die im nationalen Rat der Christlichen Demokraten mitarbeiteten. Welch tiefgreifenden Wandel dieser Prozess in ihm ausgelöst hat, zeigt sich daran, dass er seiner republikanischen Überzeugung treu blieb, als Leo XIII. die Mitarbeit der Katholiken an der Demokratie schon 1901 wieder auf soziale Fragen einschränkte und den Katholiken untersagte, sich als politische Partei zu organisieren.

Die Öffnung zur Republik scheiterte, wie Rudolf Uertz im Band *Christentum und Demokratie* der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft zeigt, weil sie auf der Grundlage einer neuscholastisch interpretierten Naturrechtslehre erfolgte. Ohne die Erfahrungen des politischen Katholizismus zu berücksichtigen, hielt die Kirchengspitze an der naturrechtlich begründeten Neutralität gegenüber der Staatsform fest, was später die fatale Folge hatte, dass sie von den Gläubigen auch gegenüber dem nationalsozialistisch regierten Staat Gehorsam verlangte. Obwohl die katholische Kirche Demokratie und Menschenrechte auf dem II. Vatikanischen Konzil anerkannt hat und unterstützt, speist die naturrechtliche Denkweise bis heute einen Unterstrom in der politischen Philosophie der Päpste, der dafür sorgt, dass die Pflichten stärker als die Freiheitsrechte und die Familie mehr als das Individuum betont werden, wie Karl Graf Ballestrem herausarbeitet. Anders dagegen das Bild, das der Kirchenrechtler Adrian Loretan-Saladin von der jüngeren Entwicklung der päpstlichen Lehren zum Natur- und Menschenrecht zeichnet. Das II. Vaticanum hinterlasse ein zwiespältiges Erbe, da das Staatsverständnis der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* eine „theokratische, integralistische und konfessionelle Auffassung der Macht“ vertrete und hinter die Erklärung über die Religionsfreiheit zurückfalle. Erst bei Papst Johannes Paul II. sei dagegen eine Entwicklung von einer „naturrechtlich argumentierenden Gesellschaftslehre“ zu einer „theologischen Gesellschaftskritik“ auszumachen - eine Einschätzung, die mit Blick auf die „Lehrmäßige Note“ von 2003 über das

„Verhalten der Katholiken im politischen Leben“, die das Naturrecht wieder über Menschenrechte und demokratische Mehrheitsentscheidungen stellt, allerdings kaum überzeugt. Erschienen ist der Aufsatz in dem kleinen Bändchen *Das Kreuz der Kirche mit der Demokratie*. Giuseppe Nay und Daniel Kosch erörtern darin die spezifischen Anforderungen, die die Verfassung der Schweiz an die demokratische Organisation der katholischen Kirche stellt. Der gegenwärtige Wandel des Rechtsverständnisses birgt erheblichen Zündstoff, wie Loretan-Saladin in einem zweiten Beitrag feststellt, denn der Ausschluss der Frauen von kirchlichen Ämtern bedrohe schon jetzt die Glaubwürdigkeit der Kirche in den Öffentlichkeiten der europäischen Rechtsstaaten. Er schließt daher nicht aus, dass der Staat seine Leistungen an die Kirche von der Gleichstellung der Frauen abhängig machen werde. Das wäre dann wohl die verdiente Quittung für ihre versäumte innere Demokratisierung.

Michael Brinkschröder

Weitere Bücher zu den Themen dieses Hefts

Paul Hinschius: *Die Stellungen der deutschen Staatsregierungen gegenüber den Beschlüssen des vatikanischen Konzils*, Saarbrücken: VDM 2007, 102 S., € 39,00

Iris Müller/Ida Raming: *Unser Leben im Einsatz für Menschenrechte der Frauen in der römisch-katholischen Kirche. Lebensberichte - Hintergründe - Dokumente - Ausblick*, Münster: Lit 2007, 264 S., € 17,90

Tine Stein: *Himmlische Quellen und irdisches Recht. Religiöse Voraussetzungen des freiheitlichen Verfassungsstaates*, Frankfurt am Main: Campus 2007, 372 S., € 32,90

Norbert Lüdecke/Georg Bier (Hg.): *Freiheit und Gerechtigkeit in der Kirche. Gedenkschrift für Werner Böckenförde*, Würzburg: Echter 2006, 203 S., € 25,00

Hans Maier, *Keine Demokratie? Laienmeinungen zur Kirche*, Freiburg: Herder 2006, 221 S., € 9,90

Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit. Beiträge zur politisch-theologischen Verfassungsgeschichte 1957-2002*, Münster: Lit 2004, 512 S., € 34,90

Hans Maier: *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*, München: C.H. Beck 2004, 240 S., € 39,90

Heike Künzel: *Apostolatsrat und Diözesanpastoralrat. Geschichte, kodikarische Vorgaben und Ausgestaltung in Deutschland*, Essen: Ludgerus 2003, 288 S., € 39,00

Benedikt XVI./Hans Maier/Joseph Ratzinger: *Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen*, Mainz/Ostfildern: Matthias Grünewald 2000, 104 S., € 6,90

William J. Hoyer: *Demokratie und Christentum. Die christliche Verantwortung für demokratische Prinzipien*, Münster: Aschendorff Verlag 1999, 376 S., € 25,50

Maximilian Liebmann (Hg.): *Kirche in der Demokratie - Demokratie in der Kirche*, Graz: Styria 1997, 207 S., € 21,00

Valentin Zsifkovits: *Die Kirche, eine Demokratie eigener Art?*, Münster: Lit 1997, 144 S., € 15,90

Die Verantwortung für den Rezensionsteil liegt ausschließlich beim Verlag.